Kommunale Kulturförderung während und nach der Pandemie

First in, last out

Was hilft der lokalen Kulturszene jetzt, mitten in der Pandemie? Und was kommt auf sie und die kommunale Kulturförderung zu? Unsere Autorinnen geben Tipps und blicken mit Sorge ins nächste Haushaltsjahr.

> Lena Krause und Elke Flake

Laura ist selbstständige Musikerin: Sie wirkt bei Konzert- und Theaterproduktionen mit, hat einen Lehrauftrag an einer Musikhochschule und unterrichtet zusätzlich privat. Sie wird grundsätzlich auf Honorarbasis bezahlt – für Proben, Konzerte, Aufführungen oder Unterrichtsstunden. Bis Anfang März 2020 lief die Saison gut – doch dann kam Corona: Kontaktbeschränkungen, Absage aller Veranstaltungen. Keine Auftritte, kein Unterricht, keine Proben – kein Honorar.

Laura schlittert auf eine existenzbedrohende Krise zu. Rücklagen? Hat sie nicht. Wie auch, bei einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 12.222 Euro. So wenig verdient laut Künstlersozialkasse eine freischaffende Musikerin.

Das Kulturhaus befindet sich in einer Kleinstadt mit 20.000 EinwohnerInnen, sein Saal fasst maximal 130 Personen. Das Haus bekommt von der Kommune pro Jahr 15.000 Euro Zuschuss und kann damit gerade so eine Teilzeitstelle für Organisation und Verwaltung bezahlen. Alles andere machen Ehrenamtliche; Mitgliedsbeiträge und Spenden gehen für die geringen Betriebskosten drauf. Das Veranstaltungsprogramm muss vollständig aus den Eintrittsgeldern finanziert werden.

Das funktionierte bisher auch halbwegs gut – doch dann kam Corona: Schließung der Einrichtung, Kurzarbeit für die Geschäftsführung. Die Betriebskosten konnten durch Bundes- und Landesprogramme aufgefangen werden. Aber wie geht es weiter? Sicher wird es in absehbarer Zeit keine kostendeckenden Veranstaltungen mehr geben.

Laura und das Kulturhaus sind frei erfunden – und doch sehr real. Wie ihnen geht es derzeit fast der gesamten Kulturszene in Deutschland: Von den Solo-Selbstständigen über kleine, mittlere und große Einrichtungen in freier Trägerschaft bis hin zu den Kultureinrichtungen von Kommunen, Land oder Bund. Besonders hart traf der Lockdown dabei die Solo-Selbstständigen und Freien ohne Zuwendungssicherheit.

Kulturpolitik ist Kommunalpolitik

Kommunen sind zentrale kulturpolitische Akteure in Deutschland. Mit knapp 45 Prozent übernehmen sie im Vergleich zu den Ländern (40 Prozent) und dem Bund (15 Prozent) den größten Teil an der Kulturfinanzierung. Sie sind nicht nur Träger von Kultureinrichtungen, sondern fördern auch Projekte und Einrichtungen in freier Trägerschaft. Mit der Unterstützung von Vereinen, Volkshochschulen, Bibliotheken oder Musikschulen leisten sie außerdem einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Bildung. Insofern nehmen Städte, Gemeinden und Kreise gerade jetzt eine verantwortungsvolle Rolle ein, wenn es um den Schutz und den Erhalt der kulturellen Infrastruktur geht.

Zu Beginn der Krise sind zahlreiche Kommunen wie Köln, Münster, Braunschweig oder Dresden ihrer Verantwor-

Mehr zum Thema …

Kulturförderung in Corona-Zeiten

Grüne Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Kultur:
Corona und Grüne Kommunale Kulturpolitik
Handlungsleitfaden auf gruene-bag-kultur.de: gruenlink.de/1s64

Grüne BAG Kultur:
Solidarität und Absicherung für die Kultur gerade in Zeiten der Corona-Krise
Positionspapier auf gruene-bag-kultur.de: gruenlink.de/1s65

Allianz der Freien Künste
allianz-der-freien-kuenste.de

Deutscher Kulturrat
kulturrat.de

Deutscher Musikrat
musikrat.de

Bundesverband Soziokultur
soziokultur.de

Foto: FotoMediamatic / Flickr (Lizenz CC BY-SA 2.0)

tung gerecht geworden und haben zum Beispiel Verfahrensregeln für die von ihnen geförderten Projekte und Einrichtungen erlassen: Meist verzichten sie auf eine pauschale Rückforderung von Fördermitteln trotz Absage der Veranstaltungen. Sie ermöglichten die Verschiebung von Projekten, längere Bewilligungszeiträume, veränderte Veranstaltungsformen.

Ergänzend haben einige Kommunen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten eigene Soforthilfe-Programme aufgelegt, um die vorhandenen Strukturen zu sichern und Einnahmeverluste abzufedern. Das alles kommt vor allem freien Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden zu Gute, die in eine existenzbedrohende wirtschaftliche Schieflage geraten sind.

Schließung ohne Perspektive? No way!

Die Corona-Pandemie wird unseren Alltag noch lange begleiten. Und der Kulturbereich gehört zu denjenigen, die als erstes heruntergefahren wurden und als letztes wieder geöffnet werden – first in, last out. Eine pauschale Schließung auf unbestimmte Zeit, ohne Perspektive auf ein wie auch immer geartetes Wiederbeleben der Kulturlandschaft ist allerdings keine Option. Es müssen Wege gefunden werden, Kunst und Kultur trotz Corona wieder möglich zu machen.

Eckpunkte der Kulturministerien

Am 15. Mai 2020 haben sich die KulturministerInnen der Länder und die Staatsministerin für Kultur und Medien auf gemeinsame „Eckpunkte für eine planvolle Öffnung weiterer kultureller Einrichtungen und Aktivitäten“[1] verständigt. Diese sind aber unklar und unkonkret, führen zu Verwirrungen bei den Angesprochenen und letztlich wieder zu einem Flickenteppich der einzelnen Länder. Die Frage unterm Strich bleibt: Wie soll das funktionieren – nicht nur aus künstlerischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht?

Denn mit der Öffnung sind notwendige Hygiene- und Abstandregelungen im Zuschauerbereich verbunden, in Proberäumen, auf Bühnen oder im Orchestergraben. So schreibt das Eckpunktepapier unter anderem Folgendes vor:

- BesucherInnenzahlen begrenzen,
- BesucherInnenströme gezielt leiten,
- Mindestabstände beim Ticketverkauf einhalten, eventuell über Online-Shops,
- obligatorische Sitzplatzreservierungen mit geregeltem Einlassverfahren,
- häufiger reinigen,
- Einhalten der Regeln von geschultem Personal überwachen lassen,
- Aerosole-Belastung in Sälen und Innenräumen verringern, etwa über regelmäßiges Lüften oder den Einbau von Klima- oder Lüftungsanlagen.

Kultur trotz Corona kostet extra

Der Knackpunkt dabei ist, dass mit der Umsetzung dieser Vorgaben direkte finanzielle Auswirkungen einhergehen: Weniger Gäste bringen weniger Einnahmen, dafür verursachen Hygiene- und Abstandsregelungen höhere Ausgaben.

Eine Veranstaltungsstätte wie das Kulturhaus hätte nun nur noch Platz für 40 bis 50 BesucherInnen. Nicht in jedem Ort findet sich ein größerer Ausweichraum. Von den Eintrittsgeldern fließen bisher 70 Prozent als Gagen an die auftretenden KünstlerInnen, auch an Laura. Aber die Eintrittsgelder sind auch bei „Corona-Vollauslastung“ nur noch ein Bruchteil der vorherigen Einnahmen. Wer zahlt dann Lauras notwendige Gage?

Den Städten, Gemeinden und Kreisen kommt die herausfordernde Aufgabe zu, ihre lokale Kulturszene während des Öffnungsprozesses bestmöglich und flexibel zu unterstützen – organisatorisch wie finanziell. Nicht alle Kultureinrichtungen oder Formate werden aufgrund der Hygiene- und Abstandregelungen direkt wieder in den Live-Betrieb gehen können.

Anzeige

contraste
zeitung für selbstorganisation
430-431 37. JAHRGANG JULI-AUGUST 2020 4'50 EUR
NACHRICHTEN PROJEKTE GENOSSENSCHAFTEN BIOTONNE KUNST & KULTUR

SCHWERPUNKT
Kunst - sozial und politisch
www.contraste.org

Das könnten Kommunen tun

Förderprogramme anpassen: Bereits vorhandene kommunale Förderprogramme sollten als Reaktion auf die Krise für alternative Präsentationsformate langfristig geöffnet werden.

Räume bereitstellen: Sofern vorhanden, würde es der ein oder anderen Einrichtung helfen, wenn sie für einen bestimmten Zeitraum in zusätzliche oder größere Räumlichkeiten ausweichen könnte.

Bei digitalen Lösungen helfen: Hilfreich könnte es auch sein, wenn die Kommune selbst eine Plattform für den Online-Ticketverkauf einrichtet oder die Kosten dafür übernimmt.

Einnahmeverluste ausgleichen: Begrenzte BesucherInnenzahlen, weiter laufende Künstlergagen, Mehrkosten durch die Umsetzung der Hygiene- und Abstandsregelungen – hier könnten spezielle Zuschussprogramme helfen.

2021 droht die zweite Krise

Ganz ohne zusätzliche Hilfe werden die Kommunen diese Mammutaufgabe nicht bewältigen können. Der Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen, verbunden mit den Corona-bedingten Mehrausgaben, reißt riesige Löcher in ihre Haushalte. Insofern sind auch Städte, Gemeinden und Kreise auf zusätzliche finanzielle Hilfen von Land und Bund angewiesen. Das kürzlich von der Bundesregierung verabschiedete Konjunkturprogramm[2] ist hier ein kleiner Hoffnungsschimmer: So sollen zum Beispiel Ausfälle bei der Gewerbesteuer von Bund und Ländern kompensiert werden.

Dem Kulturbereich droht in dieser Situation eine zweite Krise. Denn die Förderung und Finanzierung von Kunst und Kultur sind keine pflichtige Aufgabe, sondern freiwillige Leistungen der Kommunen. Selbst wenn es jetzt gelingt, die kulturelle Infrastruktur auf kommunaler Ebene fürs Erste zu retten – die Gefahr ist groß, dass ab 2021 durch kommunale Konsolidierungsprogramme Kultureinrichtungen und Angebote kaputtgespart werden.

Hier sind aufmerksame KommunalpolitikerInnen gefragt, die sich für die Bedarfe der Kulturszene einsetzen und für deren Erhalt kämpfen. Denn einmal zerstörte Strukturen lassen sich nicht ohne Weiteres reparieren. Was einmal weg ist, kommt so schnell nicht wieder.

Im Dialog mit der Szene: Runder Tisch Kultur

Organisationsformen, Strukturen und Finanzierungsmodelle in der Kulturszene sind so individuell und verschieden, dass es nicht immer die EINE Lösung gibt. Der alternative Techno-Club hat andere Schwierigkeiten als eine Künstlerin, das Stadttheater, die öffentliche Musikschule oder das Konzerthaus.

Umso wichtiger ist es, mit VertreterInnen der Kulturszene vor Ort ins Gespräch zu kommen, um Bedarfe, Wünsche und Möglichkeiten abzufragen. An Kreativität von Seiten der Kulturschaffenden mangelt es nicht – die Bereitschaft ist groß, auch unter den besonderen Bedingungen Kultur wieder erlebbar zu machen.

---

1) Kunst und Kultur: Eckpunkte für Öffnungsstrategien, bit.ly/2B0yHBY

2) Mehr zum Kojunkturpaket im Beitrag von Wolfgang Pohl in dieser Ausgabe

> Lena Krause ist Geschäftsführerin der Interessenvertretung FREO – Freie Ensembles und Orchester in Deutschland e.V., Vorstandssprecherin des Kreisverbands Bündnis 90/Die Grünen Braunschweig und Sprecherin der LAG Kultur von Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen.

> Elke Flake war bis 2019 als Geschäftsführerin des soziokulturellen Zentrums Brunsviga in Braunschweig tätig und Regionalberaterin für Kulturinitiativen und Vereine in Niedersachsen. Sie ist seit 2019 freie Kulturberaterin. Elke Flake ist Fraktionsvorsitzende der Grünen im Rat der Stadt Braunschweig und kulturpolitische Sprecherin der Fraktion.